

Heimat-Zeugnis

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung auf Basis der Fördergrundsätze

1. Antragsteller		
Name/Bezeichnung:		
Anschrift:	Straße/PLZ/Ort/Kreis	
Internet-, E-Mail-Adresse	Internet-Adresse, Homepage	Email-Adresse
Auskunft erteilt:	Name/Tel. (Durchwahl) Fax	
Name des Handlungsbevollmächtigten:		
Bankverbindung:	IBAN Bezeichnung des Kreditinstituts	

2. Maßnahme / Projektbezeichnung	
Bezeichnung:	
Durchführungszeitraum:	von/bis

3. Gesamtkosten	
Laut beiliegender Kalkulation	_____ €
Beantragte Zuwendung	_____ €

4. Finanzierungsplan				
	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)			
	20	20	20	Gesamt
	in €			
4.1 Gesamtausgaben)				
4.2 davon grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben				
4.3 abzgl. Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung)				
4.4 Zuwendungsfähige Gesamtausgaben				
4.5 Beantragte / bewilligte öffentl. Förderung (ohne Nr. 4.6) durch...				
4.6 Beantragte Zuwendung)				
4.7 Eigenanteil				

5. Begründung

5.1 zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a.: Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen) (Bezug zur Förderangebotsnummer...)

5.2 zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u.a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

6. Finanz- und hauswirtschaftliche Auswirkungen

(Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, Tragbarkeit der Folgelasten für den Antragsteller, Finanzlage des Antragstellers usw.)

7. Erklärungen

Der Antragsteller erklärt, dass

- 7.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten,
- 7.2 die Gesamtfinanzierung bei Gewährung der beantragten Landesförderung gesichert ist,
- 7.3 er zum Vorsteuerabzug
- berechtigt ist und dies bei den Ausgaben berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer),
- nicht berechtigt ist.
- 7.4 die in diesem Antrag (einschließlich Antragsanlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind.

Nur bei Antragsstellung durch Kommunen

- 7.5 Ergebnis der Antragsprüfung durch die baufachliche Stelle
(Nr. 6.6 VVG zu § 44 LHO)

Die baufachliche Prüfung gem. VVG zu § 44 LHO beinhaltet, dass die Baumaßnahme den baulichen Anforderungen genügt und hinsichtlich der Planung und Konstruktion den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entspricht.

Die baufachliche Prüfung

- ist erfolgt
- ist nicht erfolgt
- wird noch bestätigt
- ist nicht erforderlich (Nr. 6.2.1 VVG zu § 44 LHO)

8. Anlagen

Ort/Datum	Rechtsverbindliche Unterschrift (Name, Funktion)